nr. 4 – juni 2014

ecke turmstraße

Seite 3: *Revolution! – Ortstermin in Moabit* Seite 4: *Neues aus dem Kleinen Tiergarten*
Seite 7: *Kiezspziergang gegen Gentrifizierung* Seite 10: *Kampfplatz für den Frieden*

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Turmstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Ch. Eckelt

Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer weiß, wo sich dieser Ort genau befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: Ecke Turmstraße c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecketurm@gmx.net. Unter den Einsendern verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Dorotheenstädtischen Buchhandlung. Einsendeschluss ist Montag, der 30. Juni. Unsere letzte Rätselecke zeigte die künstlerisch gestaltete Hausfassade der Waldstraße 38 – und sehr viele Moabiter schickten uns die richtige Antwort. Gewinnerin ist Katrin Kampf. Herzlichen Glückwunsch! Der Büchergutschein wird Ihnen per Post zugesandt.

Mehr Kino-Orte für Moabit!

Maren Dorner ist leidenschaftliche Cineastin und Moabiterin. Seit Jahren setzt sie sich für ein fest lokalisiertes Kino in Moabit ein, und mit ihrem vom Quartiersmanagement West geförderten Projekt »Kino für Moabit« wirbt sie für mehr Filmkultur im Kiez. Sie organisiert Filmveranstaltungen an unterschiedlichen Orten, zum Beispiel in der »Zunftwirtschaft«, im »Zentrum für Kunst und Urbanistik« (ZKU) und im Nachbarschaftscafé Martha & Maria. Zur Zeit sucht Maren Dorner dringend nach weiteren Veranstaltungsorten. Die Räume sollten möglichst im Gebiet QM-West liegen und mindestens 50 qm groß sein.
Wer einen passenden Raum kennt, maile bitte an: maren.dorner@gmx.de

Kino-Veranstaltungen im Juni
- *5. Juni, Werkstatt-Film: »Total behindert« (Dokumentarfilm, 50 min.) und »Der Ausflug« (Kurzfilm, 10 min.) Ort: im »Natur & More«, Oldenburger Straße 16*
- *7. Juni, Kinocafé: »Spiel der Götter – als Buddha den Fußball entdeckte«, (Bhutan/Australien, 1999) Ort: »Zunftwirtschaft«, Arminiusstraße 2*
- *13. Juni, Kinderfilm: »Die Wilden Kerle« (1) (D, 2003), Ort: »Zunftwirtschaft«, Arminiusstraße 2*
- *19. Juni, Weltfilm: »Offside« (Iran, 2006) Ort: »Martha & Maria«, Waldstraße 32*

Termine

Öffentliches Plenum der Stadtteilvertretung (STV) Turmstraße
23. Juni, 19–22 Uhr, Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, Balkonsaal.

Runder Tisch Gentrifizierung
Jeden 2. Dienstag im Monat, 19 Uhr, im Café Sahara City, Ottostr. 19. Alle interessierten Mieter sind eingeladen.

Angebote im Nachbarschaftstreff
Stadtschloss Moabit, Rostocker Str 32:
- *Kostenfreie Sozialberatung, allgemein, donnerstags 16–18 Uhr*
- *Kostenfreie Sozialberatung »Grundsicherung / Wohnen im Alter« (durch den Allgemeinen Sozialdienst des Bezirks Mitte), donnerstags 12–14 Uhr*
- *Kostenfreie Rechtsberatung allgemein (auch in türkischer Sprache möglich) jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, 16–17 Uhr Weitere Infos unter 390812-17*

Redaktionsschluss
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe »Ecke Turmstraße«: Montag, 23. Juni. Sämtliche Ausgaben der »Ecke Turmstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: http://www.turmstrasse.de/oeffentlichkeitsarbeit/stadtteilzeitung.html

Impressum
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung
Redaktion: Nathalie Dimmer, Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse:
»Ecke Turmstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net
Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de, Sebastian Fessel
Druck: Henke Druck, info@henkepressedruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.
Online-Archiv: www.turmstrasse.de

Revolution!

Manche können demokratisch abstimmen. Andere nur noch mit den Füßen. Das diesjährige Moabiter Kunstwochenende »Ortstermin« war bemerkenswert politisch

Ch. Eckelt

»Die Bäume sind sehr wichtig. Sie wissen das aber nicht.« – »Ich wünsch mir das Meer aus Libyen.« Solche Gedanken äußerten Moabiter Kinder und Jugendliche, als sie Visionen für eine neue künstlerische Wandgestaltung am Ottopark entwickelten. Die Künstlerin Sophia Helena Gallbach hat zusammen mit den Kids zwei Entwürfe für eine Fassadenbemalung erarbeitet – und alle Besucher konnten im Ottopark ganz demokratisch darüber abstimmen, welcher Entwurf an den Hauswänden realisiert werden soll. Das war nur eine von zahlreichen Aktionen des diesjährigen Moabiter Kunstwochenendes »Ortstermin«, das am letzten Maiwochenende stattfand.

Das Thema hieß diesmal »Revolution«. Der Kunstverein Tiergarten e. V., der nun schon seit zehn Jahren im Gebiet eine überaus aktive kulturelle Institution ist und auch den »Ortstermin« seit Jahren als lokales Moabiter Kunstereignis organisiert, zeigte mit diesem mutigen wie hellsichtigen Leitmotiv eindrucksvoll, wie eng Kunst und Realität, Gesellschaft, Politik, Zeitgeschehen miteinander verknüpft sind – und wie man auch auf lokaler Ebene nach Demokratie, Revolution, Freiheit fragen kann: im Alltag und im Ausnahmezustand, im Kleinen wie im Großen.

»Revolution« sollte zum einen an den 25. Jahrestag der friedlichen Revolution im Herbst 1989 in der DDR erinnern, die die Verhältnisse änderte, weil sich immer mehr Menschen ihre Bürgerrechte und die Straßen eroberten. Zum anderen erinnerte die Kunstaktion auch an den Ersten Weltkrieg, der vor hundert Jahren begann und eine Reihe revolutionärer Bewegungen auslöste. Und nicht zuletzt daran, dass die Welt weiter in ständiger Bewegung ist.

Wie fragil die Verhältnisse sind, wie gleichzeitig ihre unterschiedlichen Aggregatzustände, sah man an diesem Wochenende in Moabit. Es war ein in vielerlei Hinsicht denkwürdiges und im besten Sinn aufrührendes Wochenende. Mehr als 200 Künstler und Engagierte unterschiedlichster Herkunft hatten sich mit ihren Interpretationen, Kommentaren und Interventionen beteiligt: in offenen Ateliers, Geschäftsräumen, Wohnungen, Galerien und vor allem im öffentlichen Raum.

An Revolution denkt man freilich zunächst nicht, wenn Besucher im neugestalteten Ottopark ihre demokratische Entscheidung über das künftige Wandbild abgeben. Daneben spielen Familien auf der Wiese in der Frühlingssonne, tummeln sich Kinder auf den Sitzkieseln, knutschen junge Verliebte, spaziert ein schwules Paar Hand in Hand. Alte Männer reden miteinander auf den Parkbänken. Man sieht Menschen aller Couleur, Herkunft und Altersgruppen. Neugierige belauschen einen Cello-Spieler in einem bemalten Pappkasten.

Doch so alltäglich dieses Bild uns heute erscheinen mag: Der »Ortstermin« erinnerte daran, dass dies nicht selbstverständlich ist und immer wieder erkämpft und verteidigt werden muss: Demokratie (auch für Kinder!), Gleichberechtigung, Freiheit der Kunst, der Meinung und Kritik, eine multikulturelle Gesellschaft.

Nur ein paar Meter entfernt vom Ottopark zeigt die »Galerie Nord« in der Turmstraße 75 (sozusagen das Headquarter des Kunstvereins Tiergarten und des »Ortstermins«, unter Leitung von Ralf Hartmann), wie sehr die Weltgesellschaft mit immer neuen Umbrüchen um Erneuerung ringt: Internationale Künstler thematisieren den Arabischen Frühling, Aufstände in Ägypten, Proteste in der Türkei. Und unweigerlich denkt man an Syrien, wo nun schon seit zwei Jahren brutaler Krieg tobt, Hunderttausende Menschen gestorben sind und mindestens ein Viertel der einst 21 Millionen Bewohner auf der Flucht ist. – Einige von ihnen leben auch in Flüchtlingsheimen in Moabit. So schließen sich die Kreise.

Und wie steht's mit der unsichtbaren, der digitalen Revolution – mit uns, die wir in der komfortablen mitteleuropäischen Wohlstandszone leben?

Vor der Galerie füllen wir sorgfältig einen dubiosen Fragebogen aus, um unsere persönlichsten Angelegenheiten öffentlich zu machen: Name und Adresse, Größe und Gewicht, Telefonnummer, Bildungsweg, Lieblingsband, Lieblingsbuch und -film, Interessen und Abneigungen und vieles mehr werden abgefragt. Versprochen wird uns damit vom Künstlerkollektiv »spacelook laboratory« die Enttarnung unserer NSA-Identität und der Aufstand gegen soziale Netzwerke. »Das digitale Ego einfach wieder analog machen! Das mühevoll von der NSA ausspionierte Profil ans Tageslicht holen!« Wer ordentlich sein Innerstes nach außen kehrt, darf anschließend in einem sehr persönlich dekorierten »Post privacy Overall« durch die Stadt spazieren. NSA, Google, Facebook & Co lassen grüßen. Wir müssen nicht mehr posten, wir sind ein wandelndes – und damit wieder analoges, persönlich ansprechbares – Posting.

Der Moabiter »Ortstermin« und insbesondere die Galerie Nord zeigen, wie politisch und gegenwärtig Kunst sein kann – und wie wichtig das ist.

Am Sonntag, dem letzten Tag des »Ortstermin«-Kunstwochenendes, fanden nicht nur, wie üblich, diverse Führungen zu zahlreichen Kunstorten und viele Veranstaltungen statt. Es war auch ein Tag der Wahlen: Europaweit wurde über das EU-Parlament abgestimmt, in Berlin zudem über das Tempelhofer Feld. In der Ukraine gingen die Bürger zur Wahlurne, um über die Zukunft ihres Landes zu entscheiden.

In Syrien können die Menschen weiter nur mit den Füßen abstimmen. Tagtäglich flüchten etwa 2000 Syrer in die Türkei, den kleinen Libanon, den Irak.

Selten war eine Berliner Kunstaktion so hochaktuell wie diese.

Ulrike Steglich

Ein Trinkbrunnen für den Kleinen Tiergarten

Neuer Bauabschnitt wurde eingeweiht

Noch waren die Zäune um den gerade fertiggestellten Bauabschnitt des Kleinen Tiergartens nicht abgebaut, da waren ringsum die Bänke schon besetzt. Auf dem frisch angelegten Rasen blühten Klatschmohn und Wildkräuter, und der knallgelbe Container für die »Szenegrüppchen« war gut bevölkert.

Wer an den sonnigen und warmen Maitagen den Kleinen Tiergarten besuchte, konnte sich selbst ein Bild machen, ob die lange umstrittene Neugestaltung des Parks für viele unterschiedliche Nutzergruppen funktioniert oder nicht.

Der Kleine Tiergarten ist zwar nicht so groß wie sein großer Bruder, aber eine zentrale und sehr wichtige Grünfläche für Moabit – und damit eines der wichtigsten Erneuerungsvorhaben im Sanierungsgebiet und »Aktiven Zentrum Turmstraße«. Peu à peu geht nun seit drei Jahren die Neugestaltung des vor 50 Jahren angelegten Parks voran, der seit vielen Jahren zugewuchert und vernachlässigt worden war. Erst die Aufnahme in das Förderprogramm »Aktive Zentren« und die Erklärung zum Sanierungsgebiet boten die Möglichkeit, den Park umfassend zu erneuern.

Am 27. Mai konnte der nächste fertiggestellte Bauabschnitt – der zwischen Heilandskirche und Stromstraße – mit einer kleinen Feier eingeweiht werden. Während im bereits fertiggestellten und lebhaft genutzten Ottopark Spiel- und Freizeitflächen für Kinder, Jugendliche und Familien im Mittelpunkt standen, ging es in diesem neuen Bauabschnitt darum, auch einen neuen Treffpunkt und Ort für die Szenegrüppchen zu schaffen, die sich vorher rund um den U-Bahnhof Turmstraße im Park aufhielten. Gemeinsam mit ihnen wurden an einem regelmäßigen »Runden Tisch«, an dem neben den Grüppchen u. a. die Vertreter des Bezirksamts, des Koordinationsbüros, der Stadtteilvertretung, das Sozialarbeiterteam von »Fixpunkt e. V.«, die beauftragten Landschaftsplaner und der Präventionsrat des Bezirks Heinz Nopper teilnahmen, Vorschläge diskutiert und eine Planung erarbeitet.

Jetzt gibt es den gelben Container mit Bänken und Schachtischen als überdachte Aufenthaltsmöglichkeit – wenn auch bislang noch suboptimal, weil an der halboffenen Rückseite ein Wind- und Regenschutz fehlt. Aber eingeweiht wurde auch der neue Trinkwasserbrunnen, der von den Grüppchen sehr gewünscht worden war und nun von allen durstigen Parkbesuchern kostenlos genutzt werden kann.

Was banal klingen mag, ist keinesfalls selbstverständlich: Denn der Betrieb eines solchen Brunnens mit sauberem Trinkwasser ist nicht billig. Das Wasser muss ständig sprudeln, damit es nicht in der Säule steht und sich womöglich Keime entwickeln. Für den Bezirk mit seinem ausgedünnten Haushalt wäre die langfristige Finanzierung nicht möglich gewesen. Dafür konnten aber die Berliner Wasserbetriebe und die MIB AG (die das benachbarte Hertie-Areal neu belebt hat) als Sponsoren und Kooperationspartner gewonnen werden. Für zehn Jahre ist damit nun ständig frisches, sauberes Trinkwasser für alle garantiert.

Und weil das Wasser, wenn es getrunken ist, auch irgendwann wieder raus muss (so Stadtrat Carsten Spallek), wird demnächst auch ein öffentliches Pissoir im Park aufgestellt, gesponsort von der Firma Ströer.

Inzwischen hat bereits der nächste große Bauabschnitt im Östlichen Kleinen Tiergarten begonnen. Nach umfassender Bürgerbeteiligung und Einbeziehung der Denkmalpflege (denn hier handelt es sich um ein Gartendenkmal) werden hier der einst angelegte Senkgarten erneuert sowie Aufenthalts- und Erholungsflächen geschaffen. Bis November sollen die Maßnahmen im 6. Bauabschnitt abgeschlossen sein.

Für Bürger, die sich über die Maßnahmen informieren wollen, sind wieder »Bausprechstunden« organisiert: Am 25. Juni, 30. Juli und am 27. August, jeweils von 16 Uhr bis 17.30 Uhr, beantwortet Bauleiter Klaus Beissert alle Fragen zur Baustelle. (Ort: Café in der Heilandskirche, Thusnelda-Allee). Telefonisch ist der Bauleiter unter 42 010 365 zu erreichen.

Außerdem wird am 25. Juni im Rahmen der Bausprechstunde ein öffentlicher Rundgang für alle interessierten Bürger durch den neuen Bauabschnitt im Park organisiert.

Für die Szenegrüppchen, aber auch alle anderen Besucher, die Fragen haben, stehen weiterhin die Sozialarbeiter von Fixpunkt e.V. zur Verfügung: Ihr »MAX-Mobil« steht jeden Dienstag und Donnerstag von 14 bis 17 Uhr an der Ecke Stromstraße / Alt-Moabit. Telefonisch sind die Sozialarbeiter zu erreichen unter 0163-665 19 80 oder 616 75 58 83. *us*

Verkehr

Baumaßnahmen rund um die Arminiushalle

Nach langen Abstimmungen und ausführlicher Bürgerbeteiligung beginnt nun im Spätsommer die Neugestaltung des Markthallenumfeldes. Geplant sind u. a. die Neupflasterung von Straßen und Gehwegen, die Pflanzung von Bäumen in der Jonasstraße und ergänzende Pflanzungen in der Bremer Straße, die Neuordnung der Parkplätze, die Verkehrsberuhigung in der Arminiusstraße und deren Gestaltung als Fußgängerbereich.

Gebaut wird sukzessive 2014 bis 2016. Im Spätsommer sollen die Umbauten in der Bugenhagenstraße beginnen. 2015 und 2016 folgen dann die Bauabschnitte in der Jonas- und Bremer- sowie der Arminiusstraße. Derzeit sind allerdings vorerst die Wasserbetriebe mit eigenen Bauarbeiten zugange.

Anwohner und Gewerbetreibende werden rechtzeitig über den Baubeginn informiert. Auch ein Ansprechpartner für Fragen wird dann benannt.

Glosse

Viewt public – beim Kleingastronomen!

Berlin hat Besseres zu bieten. Man muss sich nicht inmitten von Menschenmassen in den Großen Tiergarten quälen, um sich im Freien die Spiele der Fußball-Weltmeisterschaft anzuschauen. Es gibt (noch) zahlreiche Alternativen, meist schon um die Ecke im eigenen Kiez – dafür sorgt die überaus vielfältige Berliner Kleingastronomie.
Die Frage ist: Wie lange noch? Denn die schönsten Biergärten finden sich oft in Provisorien, eingerichtet in Baulücken, die die wachsende Stadt allerdings nach für nach verschlingt. Beim letzten Turnier war unser Lieblingsort zum Beispiel ein von türkischen Gastronomen betriebener WM-Garten inmitten einer Baustelle am Nordbahnhof. Dort war die Trauer über das Ausscheiden der deutschen Nationalmannschaft nur halb so groß, weil man den hier gestrandeten, sehr netten spanischen Touristen ihren Jubel überaus gönnte. Und weil unsere Söhne Trikots der spanischen Mannschaft trugen, war die spanisch-deutsche Kommunikation überaus beschwingt und simpatico.
Heute stehen an der Stelle dieses einst so launigen, provisorischen Ortes langweilige graue Bürogebäude.
Für diesjährige WM haben wir uns schon umgeschaut. In einer bestimmten Gegend von Mitte entdeckten wir einen netten kleinen Garten in einer Baulücke, der uns eine ähnlich sympathische Atmosphäre verspricht wie damals. Wir freuen uns schon sehr und hoffen auf gutes Wetter. Der Biergarten muss allerdings am Ende dieses Jahres schließen, weil in dieser Berliner Ecke derzeit so ziemlich alles zugebaut wird, was noch irgendwie brachliegt. Auch die große »Tempelhofer Freiheit« wird daran nichts ändern – ganz im Gegenteil …
Berlin erfindet sich ständig neu, sagt man. Es ist zu hoffen, dass das auch für solche Provisorien gilt. Aber die Zweifel überwiegen: es kann gut sein, dass diese WM die letzte ist, die man in der Berliner Innenstadt auf diese Art zelebrieren kann. Wobei – Vorsicht, jetzt wird es erst richtig pessimistisch – auch in diesem Jahr schon ein Damoklesschwert über dem kleingastronomischen Public Viewing hängt.
Schuld daran ist die Bundesregierung. Die hat nämlich verkündet, in diesem Jahr die Lärmschutzverordnung extra für die WM zu ändern und die Übertragung von Spielen, die bis 22 Uhr anfangen, im Freien generell zu erlauben. Vergessen hat sie dabei zu sagen, dass man trotzdem bei den lokalen Behörden eine Genehmigung beantragen muss. Das haben im Mitte gerade mal fünf Gastronomen (und die Fanmeile) getan. Die Antragsfrist ist leider bereits verstrichen, die Sache also eigentlich schon gelaufen. Auch unser Biergarten überträgt deshalb wahrscheinlich illegal, weshalb wir auch nicht verraten, wo er sich befindet.
Bleibt die Hoffnung auf die Toleranz und die Fußballfreude der Berliner. Die Polizei kommt nämlich nicht von selbst – bei Lärm muss sie schon einer alarmieren. Muss das sein? Zumindest wenn Deutschland spielt, wird man zudem wohl kaum auf Gegenliebe bei den Polizeibeamten stoßen, die ausrücken sollen – bloß um die Lärmquelle zu identifizieren und deren Betreiber in mahnenden Worten darüber zu informieren, dass er sich im »Erlaubnisirrtum« befindet. Vor allem, wenn im Zeitraum des erzwungenen polizeilichen Einsatzes womöglich ein entscheidendes Elfmeterschießen beginnt. Dann dürften Polizisten und Public Viewer gleichermaßen genervt sein.
Soziologen nennen sowas auch eine revolutionäre Situation. *cs*

Bildecke

Ch. Eckelt

Verbot der Zweckentfremdung

Das neue Gesetz soll Wohnraum wieder besser schützen

Seit Mai ist das Berliner »Gesetz über das Verbot von Zweckentfremdung von Wohnraum« in Kraft. Es soll dazu beitragen, den Berliner Wohnungsmarkt zu entlasten. Damit werden die unkontrollierte Umwandlung von Wohnraum zu Gewerberäumen, der langfristige Leerstand von Wohnraum sowie der ungenehmigte Abriss oder das »Unbenutzbarmachen von Wohnungen« verboten. Den größten Effekt soll das neue Gesetz beim Verbot von Ferienwohnungen haben – nach unterschiedlichen Schätzungen werden derzeit ca. 10.000 bis 25.000 Wohnungen in der Stadt als Touristenquartier zweckentfremdet.

Wenn die Eigentümer den Betrieb von Ferienwohnungen bis zum 1. September 2014 bei den Bezirksämtern offiziell melden, wird der weitere Betrieb noch bis zum 1. Mai 2016 gestattet. Wird er jedoch nicht angemeldet, müssen die Betreiber mit einem Bußgeld von bis zu 50.000 Euro pro Wohnung rechnen. Ferienwohnungen in ursprünglichen Gewerberäumen sind von dieser Regelung aber ausgenommen.
Unter bestimmten Umständen kann die Zweckentfremdung genehmigt werden: wenn nämlich »vorrangige öffentliche Interessen oder schutzwürdige private Interessen« überwiegen. Das trifft zum Beispiel für Gästewohnungen von Wohnungsunternehmen, Gewerkschaften oder Universitäten zu. Auch soziale Einrichtungen oder die Unterbringung von schutzwürdigen Personen (Obdachlose, Flüchtlinge etc.) werden genehmigt.
Als schutzwürdige private Interessen definiert das Gesetz aber auch die »Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz«. Auch wenn der Wohnraum als solcher als »nicht erhaltungswürdig« eingestuft wird, kann eine Genehmigung erteilt werden – das wurde früher zum Beispiel bei sehr lärmbelasteten, dunklen oder extrem schlecht geschnittenen Wohnungen so gehandhabt. Ebenfalls ist die Genehmigung möglich, wenn der Wohnraumverlust durch Schaffung von Ersatzwohnraum ausgeglichen wird.
Eine Genehmigung kann allerdings mit der Auflage von Ausgleichszahlungen verbunden werden: bis zu 5 Euro pro Quadratmeter und Monat müssen dann abgeführt werden, das Geld soll zur Schaffung von neuem Wohnraum verwendet werden. Wenn Wohnungen mit Genehmigung abgerissen werden, kann eine einmalige Ausgleichszahlung bis zu 2.000 Euro pro Quadratmeter verlangt werden. Für die Genehmigung wird zudem eine Gebühr fällig.
Wer ein Gewerbe in seiner Wohnung betreibt oder diese beruflich benutzt, ist vom Gesetz nicht betroffen, falls die Wohnung noch überwiegend zu Wohnzwecken gebraucht wird. Künstler können also durchaus in ihrer Wohnung ein Atelier unterhalten, Berufstätige ein Arbeitszimmer. Auch wer bis zum 1. Mai 2014 eine ehemalige Wohnung gewerblich als Büro oder Praxis gemietet hat, ist vom Gesetz ausdrücklich ausgenommen. Selbst wenn der Gewerbemietvertrag ausläuft, kann man ihn neu abschließen: Bestandsschutz hat nach dem Gesetz nicht nur der Mietvertrag, sondern auch der Betrieb, der gemietet hat. Wenn allerdings die umgenutzte Wohnung nach Auszug des Gewerbemieters erneut gewerblich vermietet werden soll, benötigt der Vermieter dazu eine Genehmigung.
Als Zweckentfremdung gilt auch, wenn eine Wohnung länger als sechs Monate leer steht, sofern der Vermieter nicht nachweisen kann, dass er sich längere Zeit mit »geeigneter Bemühung« um die Wiedervermietung gekümmert hat. Bis zu zwölf Monaten darf die Wohnung leer stehen, wenn sie »zügig umgebaut, instandgesetzt oder modernisiert wird«. Diese Frist wird allerdings verlängert, wenn der Vermieter noch zivilrechtlich die Duldung von Modernisierungs- oder Instandsetzungsarbeiten einklagt: dann gilt sie bis zum Urteil oder »bis zum Abschluss der sich hieran anschließenden zügigen Baumaßnahmen«. cs

Ch. Eckelt

Kommentar

Jetzt doch keine Task-Force?

Bereits seit Anfang des Jahres ist sie im Gespräch: eine berlinweite »Task-Force« zur Umsetzung des Zweckentfremdungsverbotes. Die Idee: Statt zwei bis drei Mitarbeiter in jedem einzelnen Berliner Bezirk soll eine zentrale Abteilung mit 34 Mitarbeitern bei einem Bezirk das neue Gesetz in der gesamten Stadt umsetzen. Stephan von Dassel, Stadtrat der Grünen in Mitte, hatte für diese Task-Force geworben, auch in einem Interview mit dieser Zeitung. Angesichts der Fülle zu bewältigender Aufgaben scheint der Vorschlag vernünftig: vor allem die Durchsetzung des Verbotes von Ferienwohnungen dürfte nämlich nicht einfach werden, liegen doch in Berlin keinerlei Erfahrungen in diesem Bereich vor. Man kann also nicht einfach die alten Ausführungsvorschriften aus den 90er Jahren hervorkramen, als ein Zweckentfremdungsverbot schon einmal bestand. Stattdessen muss man sie Schritt für Schritt neu erarbeiten – und wohl auch Prozess für Prozess, denn juristischer Widerstand ist schon angekündigt. Das gelingt besser mit einer geeinten größeren Truppe als in zwölf unabhängig voneinander agierenden winzigen Teams.
Von Dassel war mit seinem Vorschlag schon weit gekommen – die meisten Bezirke signalisierten Zustimmung. Doch nun fliegen ihm plötzlich Knüppel zwischen die Beine, sie kommen ausgerechnet aus dem Bezirksamt Mitte. Das findet jetzt die Idee gar nicht gut und spielt nicht mehr mit – zu großes Risiko, das Renommee könnte leiden, falls etwas schiefgeht. Die Große Koalition im Bezirk grätscht dabei allerdings auch die Große Koalition des Senats, die das Gesetz ja entwickelt hat. Denn durch die Mitte-Blockade gibt es nun erneut einen Zeitverzug bei der Umsetzung. Darüber werden sich jene Eigentümer freuen, die schnell eine Genehmigung für eine Zweckentfremdung beantragen, obwohl sie eigentlich keinerlei Chance auf diese hätten. Eine Ablehnung muss nämlich innerhalb von maximal 14 Wochen vom zuständigen Bezirksamt begründet werden – ansonsten gilt die Genehmigung als erteilt. *Christof Schaffelder*

Ch. Eckelt

Mieter fürchten Repressalien

Ein Kiezspaziergang im Stephankiez

Beim zweiten Kiezspaziergang der Initiative »Runder Tisch gegen Gentrifizierung« führte Susanne Torka durch den Stephankiez im östlichen Moabit. Im Gespräch mit Anwohnern wurde deutlich: Wo es nötig ist, soll und muss saniert werden – aber bitte mit Maß.

Mehr als 40 Interessierte waren der Einladung zum Kiezspaziergang am 10. Mai gefolgt, darunter Anwohner aus dem Stephankiez und anderen Teilen Moabits, die Mieterinitiative »Palisaden-Panther« aus Friedrichhain und eine Stadtplanungsstudentin von der TU. Susanne Torka, die den Spaziergang moderierte, ist seit vielen Jahren Moabiter Kiezaktivistin, engagiert sich in unterschiedlichen Nachbarschaftsinitiativen, organisiert den »B-Laden« in der Lehrter Straße und auch das Internetportal »MoabitOnline«. Das Thema Gentrifizierung in ihrem Kiez beschäftigt die studierte Landschaftsplanerin seit Jahren. »Als die Lehrter Straße 2005 in den Blick ausländischer Investoren rückte, wollten wir herausfinden, wem Moabit eigentlich gehört. Wir wollten ermitteln, welche Häuser internationalen Fondsgesellschaften, Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften oder Einzeleigentümern gehören, und möglichst viele Informationen zu den einzelnen Häusern sammeln.«

Der Spaziergang führt zunächst über die Perleberger Straße. Ein ziemlich trostloser Straßenzug – seit Jahren wird dort über Leerstand geklagt. In der Perleberger 13 steht ein gesamter Seitenflügel seit vielen Jahren leer. Beim Blick auf das Klingelschild fällt auf: An 13 Klingeln befinden sich keine Namen, sondern Aufkleber mit dem Hinweis »Leerstand«.

»Dort gibt es bislang nur Einfachglasfenster und keine Heizungen, teilweise auch noch Außenklos«, berichtet Susanne Torka. »Bei diesem Beispiel geht es nicht um Gentrifizierung im engeren Sinn. Doch wenn dringend benötigter Wohnraum über lange Zeit brach liegt, dann ist das ein Riesenproblem. Eigentümer können aber jetzt durch das neue Gesetz zum Zweckentfremdungsverbot dazu gezwungen werden, Wohnungen nicht länger als 6 Monate leer stehen zu lassen, sondern sie so herzurichten, dass dort auch wieder jemand einziehen kann.«

In der Stephanstraße bietet sich ein ganz anderes Bild als in der Perleberger. Die meisten Altbauten wurden hier bereits saniert, in Immobilienanzeigen wird die Stephanstraße als neue Szenestraße gehandelt. »Auf der einen Seite steht dringend gebrauchter Wohnraum leer, an anderer Stelle wird oftmals unverhältnismäßig saniert. Die Stephanstraße 19 wurde von einer Immobiliengesellschaft entmietet und in Eigentum umgewandelt, Wohnungen wurden zusammengelegt. Um den Seitenflügel und das Hinterhaus irgendwie aufzupeppen, hat man Balkone angebaut. Vom Hof aus kann man erkennen, dass ein Balkon keinen Boden hat. Vielleicht ist ja noch ein Mieter geblieben, der sich gegen eine Erhöhung gewehrt hat«, vermutet Susanne Torka.

Auf dem Rundgang berichteten auch Mieter über ihre Erfahrungen. Einige beobachten die Zunahme von Ferienwohnungen in ihrem Haus. Andere sind empört, dass dringend erforderliche Sanierungsmaßnahmen zwar angekündigt, oftmals aber gar nicht hinreichend durchgeführt werden.

Die ehemaligen Sozialbauten und der Nachkriegsbau an der Ecke Birkenstraße/Perleberger Straße wurden im Januar 2011 im Zuge einer Zwangsversteigerung zusammengelegt und verkauft. Im März erhielten die Mieter die Ankündigung einer umfangreichen Sanierung und anschließenden Mieterhöhung. Es gab Probleme mit Schimmel und maroden Balkonen. Die Bewohner organisierten sich, ein Mieter wehrte sich erfolgreich vor Gericht. Es geht um die fachgerechte Sanierung der Balkone. Die Entscheidung einer zweiten Klage steht noch aus.

»Oft scheuen sich die Mieter davor, gegen Investoren und Hausverwaltungen vorzugehen. Sie haben Angst vor Repressalien und Sanktionen«, sagt Susanne Torka. »Viele wissen nicht, dass zum Beispiel ein erweiterter Kündigungsschutz bei Umwandlung in Eigentumswohnungen besteht. Wenn ein Vermieter die Wohnung selbst nutzen will, also Eigenbedarf anmeldet, muss er bei bestehenden Mietverträgen zehn Jahre Kündigungsschutz einhalten – unabhängig davon, ob inzwischen ein Eigentümerwechsel stattgefunden hat. Es ist sehr wichtig, dass sich betroffene Mieter beraten lassen und sich untereinander gut vernetzen.«

Nathalie Dimmer

Weitere Informationen: http://wem-gehoert-moabit.de/initiative/

Was, bitte, ist ein BIG?

Neuer Gesetzesentwurf zur Stärkung von Geschäftsstraßen ist in Arbeit

Dass sich die Gewerbelandschaft seit Jahren radikal verändert, merken nicht nur die Gewerbetreibenden selbst, sondern alle Stadtbewohner. Klassische Berliner Geschäftsstraßen sind im strukturellen Umbruch, kleinere Geschäfte haben mit der Konkurrenz von immer mehr Shopping Malls, großen Ketten oder dem Internethandel zu kämpfen. Auch deshalb wurde das Bund-Länder-Programm »Aktive Zentren« aufgelegt, um – z. B. mit der Etablierung von Geschäftsstraßenmanagements – die Gewerbetreibenden zu unterstützen und zu fördern. Das Problem: Bislang standen dafür nur »weiche Instrumente« zur Verfügung, und das heißt vor allem Kommunikation, beispielsweise die Beratung von Eigentümern und Gewerbetreibenden, Vermittlung, Vernetzungsangebote. Doch ohne das Eigenengagement und die Initiativen von Gewerbetreibenden und Eigentümern für die Geschäftsstraßen wird es nicht gehen.
Nun bereitet das Land Berlin einen Gesetzesentwurf vor, der dafür auch einen rechtlichen Rahmen bieten soll: u. a. nach Hamburger Vorbild, wo es seit Jahren das Instrument BID (»Business Improvement District«) gibt, wird das Berliner Abgeordnetenhaus demnächst ein Gesetz namens BIG verabschieden. BIG ist das Kürzel für das geplante »Berliner Gesetz zur Einführung von Immobilien- und Standortgemeinschaften«.

Wozu soll das gut sein?

Ziel ist es, die Gewerbetreibenden und Eigentümer in klassischen Geschäftsstraßen zu unterstützen, damit sie im Wettbewerb mit großen Shopping Malls bestehen können. Letztere bieten den dort angesiedelten Geschäften ein professionelles und zentrales Management und Werbung für den Standort.
Damit haben sie einen entscheidenden Vorteil gegenüber den Geschäftsstraßen in den historisch gewachsenen Zentren mit vielen kleinen Läden und Einzeleigentümern. Wenn diese ihren Standort stärken wollen, indem sie beispielsweise den öffentlichen Raum verbessern (durch neue Straßenbeleuchtung, Bepflanzung, Gehwegerneuerung, Fahrradständer) oder gemeinsame Marketing-Aktionen initiieren, waren sie bisher jedoch meist von der öffentlichen Hand, von Fördertöpfen und Stadtentwicklungsprogrammen abhängig.

Ch. Eckelt

Mit dem neuen Gesetz sollen nun gemeinsame, selbst initiierte und selbst finanzierte Aktionen engagierter Eigentümer und Gewerbetreibenden unterstützt werden. Im Grunde geht es darum, dass private Akteure Aufgaben übernehmen und finanzieren, die die öffentliche Hand nicht leisten kann oder will.

Wie funktioniert das BIG?

Findet sich in einem festgelegten Gebiet eine Gruppe von Eigentümern und Gewerbetreibenden zusammen, die gemeinsam konkrete kleinere oder größere Maßnahmen im öffentlichen Raum realisieren wollen – beispielsweise eine gemeinsame Weihnachtsbeleuchtung –, gibt es zunächst eine Abstimmung. Stimmen 15% aller Eigentümer im Gebiet dem Vorschlag zu, wird ein Antrag an das Bezirksamt gestellt, das dann die rechtliche Zulässigkeit und Genehmigungsfähigkeit prüft. Zu diesem Antrag gehören auch ein konkreter Finanzierungsplan und die Angabe eines Aufgabenträgers, der die Realisierung übernehmen soll, eine Firma beispielsweise.
Außerdem werden die Pläne einen Monat lang öffentlich zur Abstimmung ausgelegt. Gefragt ist dabei das Votum aller Anrainer. Der Hintergrund: Alle Eigentümer im Gebiet sollen die Maßnahme mitfinanzieren, da sie ja dem gesamten Gebiet zugute kommt und es attraktiver machen soll. Sprechen sich mehr als 30% der Eigentümer im Gebiet dagegen aus, hat sich die Sache erledigt. Erhält das Vorhaben aber überwiegend Zustimmung, kann es realisiert werden und alle Eigentümer sind dann verpflichtet, es mitzufinanzieren. Allerdings richten sich die Kosten für den Einzeleigentümer je nach Grundstückswert – kleinere Eigentümer zahlen weniger, größere entsprechend mehr. Davon ausgenommen sind Eigentümer von reinem Wohnraum und öffentliche Einrichtungen.
Michael Henkel, Vorsitzender des Grundbesitzervereins Spandau e.V. und Vorstandsmitglied der Gemeinschaft Haus & Grund Berlin, beschäftigt sich seit langem mit dem Thema und hat auch das Hamburger BID-Modell intensiv beobachtet. »Das Abstimmungsmodell 15% zu 30% mag auf den ersten Blick ungleichgewichtig erscheinen. Aber in der Praxis sieht es meist anders aus. In Hamburg geht kaum ein BID mit nur 15% Zustimmung in die Planung, und eine Zustimmung von über 50% ist nicht die Ausnahme. Der Vorteil ist, dass auf dieser gesetzlichen Grundlage auch größere Maßnahmen im öffentlichen Raum strukturiert geplant und durchgeführt werden können, ohne öffentliche Fördertöpfe beanspruchen zu müssen.«
Die Projekte und deren Durchführung sollen durch eine Lenkungsgruppe kontrolliert werden, in der u. a. Vertreter des Bezirksamts, der IHK und anderen Institutionen vertreten sind.

Für und Wider

Doch bundesweit sind Instrumente wie BID und BIG noch Experimentierfelder, teilweise umstritten und auch kritisiert. Funktioniert das, was im reichen Hamburg geht, auch in Berlin? Welchen Einfluss erhalten private Eigentümer auf den öffentlichen Raum – und welche Folgen hat das? Im besten Fall organisieren sich kleine Eigentümer untereinander und investieren in das eigene, unmittelbare Umfeld. Im schlimmsten Fall könnten nach dem BIG- und BID-Modell vor allem große Eigentümer den öffentlichen Raum definieren und dominieren.
Denn, so meinen Kritiker, natürlich sei man in einem solchen Modell wegen der Kostenbeteiligung gerade auch auf die großen Partner angewiesen. Und da beiße sich die Katze in den Schwanz. Wie sollen beispielsweise die Geschäftsstraßen mit ihren Kleineigentümern mit den großen Centern konkurrieren, wenn man mit ihnen gleichzeitig kooperieren muss, weil sie die finanzstärksten Markt-Teilnehmer sind und damit den größten Anteil in den gemeinsamen Topf einzahlen können? Und was, wenn die Großbestimmer plötzlich dafür plädieren, dass es beispielsweise keine Bänke mehr auf dem öffentlichen Vorplatz geben soll, weil dort Trinker oder Obdachlose angeblich die zahlungskräftigen Kunden abschrecken?
Allerdings sei durch die gesetzlichen Kappungsgrenzen der Kostenbeteiligung – und somit der »Stimmrechte« – eine Dominierung zumindest eingeschränkt, meint Michael Henkel dazu.
Wie bei allen Feldversuchen werden nur die ersten Erfahrungen zeigen, ob das nach vorn oder hinten losgeht. Das BIG-Gesetz soll am 1. Januar 2015 in Kraft treten. *us*

Moabit hilft

Diana Henniges engagiert sich für Flüchtlinge in Moabit

Diana Henniges ist eine von zwei Klara-Franke-Preisträgern 2014. Sie erhielt den Preis »für gute Nachbarschaft in Moabit« für ihr großes freiwilliges Engagement in der Flüchtlingshilfe.

Sofort, als sie im September 2013 von der Einrichtung einer Notunterkunft des Arbeiter-Samariter-Bundes in Alt-Moabit 82 erfuhr, rief sie gemeinsam mit anderen die Initiative »Moabit hilft« ins Leben: »In Moabit wollen wir die Flüchtlinge willkommen heißen. Proteste von Neonazis wie in Hellersdorf dürfen sich nicht wiederholen«, sagt sie. Die Reaktion auf ihren damaligen Spendenaufruf war überwältigend – in kürzester Zeit stapelten sich Kartons mit Kleidern, Spielzeug und andere Dinge in ihrer Wohnung. Seitdem hat sie für die Flüchtlinge vielfältige Spenden- und Unterstützungsaktivitäten organisiert, unter anderem ein Willkommensfest, Deutschkurse, Einzelbetreuung, Begleitung zu Behörden und Kinderfeste.

Die jüngste größere Aktion war der Charity-Flohmarkt am 18. Mai vor der Kaiser-Friedrich-Gedächtnis-Kirche im Hansaviertel. Zur Zeit wird eine Ausstellung zu »Flucht, Vertreibung, Obdachlosigkeit« gemeinsam mit der Berliner Obdachlosenhilfe vorbereitet. Unterstützt wird die Ausstellung u. a. von »Photographers in Solidarity« und Geschäftsleuten aus Moabit. Sie soll im September zu sehen sein.
Diana Henniges, heute 36 Jahre alt, kam vor 12 Jahren zum Studium nach Berlin. Sie studierte Museumskunde und Geschichte u. a. bei Professor Wolfgang Benz, dem früheren Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin. Zuerst lebte sie in Pankow, fühlte sich aber sehr fremd, denn damals zeigten dort viele Menschen offen ihre rechte Gesinnung. So zog sie um in eine Wohngemeinschaft nach Moabit. Obwohl die Wohnung über einer Spielothek in der Turmstraße lag, fühlte sie sich in Moabit gleich heimisch und kam später immer wieder hierher zurück. Nach Auslandsaufenthalten in Israel, Jordanien, Ägypten (auf der Sinai-Halbinsel) und Ungarn, dem Heimatland ihrer Eltern, lebte sie in der Hutten-, Emdener und Quitzowstraße. Kurzzeitig auch mal im Wedding.

Ihrem geisteswissenschaftlichen Studium folgte meist Projektarbeit – bei der »Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas«, der »Topographie des Terrors« oder im Jüdischen Museum. Das bedeutete immer wieder kurzfristige Verträge für ein oder ein halbes Jahr, manchmal noch kürzer. So musste sie zwischendurch auf ihre Erfahrungen als Veranstaltungsmanagerin zurückgreifen, damit hatte sie schon ihr Studium finanziert. Eine Weile arbeitete sie im Café »Mamsellchen« in der Elberfelder Straße. Mittlerweile verheiratet und Mutter eines dreijährigen Sohnes, ist sie vor einigen Jahren über den »sozialen Äquator« Alt-Moabits ins südliche Moabit gezogen. Ihre Leidenschaft ist die soziale Arbeit, der sie sich seit Jahren auf freiwilliger Basis widmet.

Diana Henniges wuchs in Hannover auf. In ihre Schulklasse gingen gerade mal zwei Kinder ohne Migrationshintergrund. Das Abitur machte sie nach der Ausbildung als Außenhandelskauffrau auf dem zweiten Bildungsweg. Ihre Eltern stammen aus Ungarn, das der Vater als freier Journalist 1956 aus politischen Gründen verlassen musste. Er kam über Österreich nach Deutschland und landete in Bremerhaven, wo er als Hilfsarbeiter anfing. Er lernte schnell deutsch, schrieb auch weiter Artikel, neben seiner späteren Arbeit bei VW. Ein Teil seiner Familie war im Holocaust ermordet worden. Seine spätere Frau lernte er 1967 bei einem Familienfest in Ungarn kennen. Eine jüdisch-katholisch-ungarische Familie, auch das keine einfache Konstellation.
Diana lebte öfter bei ihrer Großmutter in Ungarn. Sie kennt also das »Dazwischenstehen« und »Nicht wirklich dazugehören« aus eigener Erfahrung: in Deutschland war sie die Ausländerin, in Ungarn die Deutsche. Diese persönlichen Erfahrungen haben ihre Einstellung geprägt: gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus. »Mir macht der Vormarsch des Nationalismus in Europa richtig Angst«, sagt sie. Ihr Engagement bleibt nicht auf der theoretischen Ebene: Mit konkreter Hilfe und persönlicher Unterstützung will sie das Schicksal von Flüchtlingen und Migranten erleichtern und in Berlin-Moabit eine neue Willkommenskultur etablieren. *Susanne Torka*

Initiative »Moabit hilft«: http://moabit-hilft.com/, Tel: 0151-28 00 51 50, E-mail: moabit.hilft@gmail.com

»Kampfplatz für den Frieden«

Ch. Eckelt

Wolfram Liebchen verkauft in der Lehrter Straße 25/26 seit über 30 Jahren antike Bauelemente. Jetzt soll er sein Lager räumen. Auf dem 3,7 Hektar großen Gelände, das »Mittelbereich Lehrter Straße« genannt wird und wo sich auch Liebchens Lager befindet, sollen in den nächsten Jahren Eigentums- und Mietwohnungen gebaut werden.

Wolfram Liebchen lässt sich seine Anspannung äußerlich nicht anmerken. Es ist ein sonniger Vormittag im Frühling, er sitzt auf einer Bank vor seinem Büro in der Morgensonne und bietet einen Kaffee an. Fließendes Wasser hat er nicht, die Tasse wäscht er mit gesammeltem Regenwasser ab. Wolfram Liebchen hat es sich zum Lebensmotto gemacht, Vorhandenes zu bewahren und vor dem Verfall zu retten. Sein »Herrenhaus«, in dem er ab und zu übernachtet, hat er vor 30 Jahren aus den tragenden Balken abgerissener Altbauwohnungen gebaut. Wie ein Hexenhäuschen aus einem alten Märchenfilm sieht es aus. Vor der Tür räkelt sich ein schwarzer Kater auf einem rostigen Bettgestell in der Sonne.
»Auf meinem Gelände sieht man, welche Bauweise der Witterung standhält und welche nicht. Bei meiner Arbeit habe ich im Laufe der Jahre verstanden, wie gut die traditionelle Bautechnik durchdacht war.« Nach der Wende hat der gebürtige Westberliner angefangen, Bauelemente aus der großflächigen Sanierung des Altbaubestandes zu sammeln, aufzubereiten und zu verkaufen. Große gusseiserne Eingangsportale, Stuckornamente, aufwendig verarbeitete Kachelöfen, Fenster und über 700 Altbautüren hat er im Angebot. In Holzkisten lagern filigrane Fliesen, auf diversen Tischen sind Türbeschläge und Griffe aus Messing aufgereiht, bedeckt von den Blüten des Blauregens, der am Schuppen mit den Türen emporrankt.
»Die Wegschmeißerei war nicht mehr mit anzusehen. Auf den Straßen lagen überall die Häufchen rum, in der Brunnenstraße, am Klausenerplatz. Wunderschöne alte Keramik-Kachelöfen waren für die Sanierer bloß noch Abfall. Über die Jahre habe ich mir das Wissen traditioneller Handwerksberufe angeeignet, durch die direkten Kontakte zu den alten Hasen, den Tischlermeistern, Treppenbauern und Ofensetzern.« Wolfram Liebchen ist fasziniert vom handwerklichen Einsatz in den Dingen, die er sammelt.
»Man sollte doch erst einmal schauen, was vorhanden ist, bevor man etwas Neues kauft. Ich bin da zunächst ganz instinktiv rangegangen und habe erst mit der Zeit verstanden, wie sinnvoll das eigentlich ist und wie ökologisch.«
Neben Handwerkern und ihren Auftraggebern gehören Designer, Kulissenbauer und Filmleute zu seinen treuen Kunden. Sie suchen beispielsweise »silbernes Holz«, also Holz, das durch die Witterung allmählich eine silberne Patina entwickelt. »Manche Dinge brauchen einfach ihre Zeit«, erklärt Wolfram Liebchen.
Auf einem Holzschild vor einem der zahlreichen Schuppen steht: »Mein Arbeitsplatz – mein Kampfplatz für den Frieden«. Das Schild hat er in den 90ern aus dem Umland mitgebracht. Damals hat er über die DDR-Parole gelacht. Dass sein Arbeitsplatz einmal tatsächlich zum Kampfplatz wird, hätte Wolfram Liebchen damals nicht für möglich gehalten. Als er auf dem Gelände anfing, war dies eine trostlose Gegend. Mitte der 1980er Jahre standen die meisten Wohnhäuser in der Lehrter Straße leer. Sie wurden entmietet, weil hier die Westtangente durchführen sollte. Nach der Wende, als die Pläne der erweiterten städtischen Autobahn endgültig verworfen wurden, zogen viele arme Leute in die mittlerweile heruntergekommenen Wohnhäuser. Dann, nach Jahren des Stillstands, wurde die Lehrter Straße mit ihrer zentralen Lage, der Nähe zum Hauptbahnhof und zum Regierungsviertel eine sehr begehrte Wohnlage und interessant für Investoren. Auch das Areal, auf dem sich das Geschäft von Wolfram Liebchen befindet.
»Mit dem Verkauf an eine private Immobiliengesellschaft wurde der Ärger existentiell«, erzählt Wolfram Liebchen. Das ehemalige Bahngelände wurde 2012 von der Immobilien- und Entwicklungsfirma CA-Immo an die Groth-Investorengruppe verkauft. Nach einem Wettbewerbsverfahren wurde Anfang 2014 ein vorhabenbezogener Bebauungsplan vorgelegt. 700 Eigentums- und Mietwohnungen sind hier geplant, zudem weitere 150 Wohnungen für Studenten und betreutes Wohnen. Auch eine Kindertagesstätte und Geschäfte sollen entstehen.
»Die bisherigen Nutzer, vorwiegend aus dem Kleingewerbe und einer Kleingartenanlage, haben nicht genug mit den Investoren verhandelt«, meint Wolfram Liebchen. »Die Kleingartenanlage wurde im Herbst niedergewalzt, die Garagen der Rikscha-Tour-Betreiber und der KFZ-Werkstatt werden gerade abgerissen.«
Auch Wolfram Liebchen soll gehen. »Anfangs sind die Investoren an mich herangetreten und vermittelten den Eindruck, dass ich bleiben könnte. Doch von den Ideen und Vorschlägen ist nichts übrig geblieben. Der Investor hat mir angeboten, das Gelände für 11,50 Euro den Quadratmeter zu mieten oder für 3000 Euro den Quadratmeter zu kaufen. Dazu müsste ich für den Zeitraum der Bauphase mein Inventar zwischenlagern. Das kann ich mir als Kleingewerbetreibender einfach nicht leisten.«

Nathalie Dimmer

Antike Bauelemente, Lehrter Straße 25/26, 10557 Berlin
Öffnungszeiten: Mittwoch und Samstag von 10–14 Uhr
und nach Vereinbarung, Tel. 3943093, 0179/3967480

Ch. Eckelt

Neues vom Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße

In Moabit kann man sich durchaus wohlfühlen – wenn auch das subjektive Empfinden von In- und Outsidern oft anderes signalisieren mag. Gegen Missmut und schlechte Laune kann jedenfalls die neue Broschüre des Geschäftsstraßenmanagements Turmstraße einiges empfehlen. Das handliche Heftchen der Reihe »Best of Moabit« erscheint im Sommer unter dem Titel »Wohlfühlen: Aktiv und erholt rund um die Turmstraße«. Es weist auf vielfältige Freizeitangebote abseits des Shoppings und auf viele Gesundheitsangebote hin.
Verzeichnet sind u. a. Adressen für Freizeitsport und asiatischen Kampfsport, Fitness und Wellness, für öffentliche Parks und Spielflächen, für Gesundheit und Pflege, für Kultur und Kunstangebote zum Mitmachen.
Die Broschüre wird kostenlos in den Geschäften rund um die Turmstraße ausliegen. Sie bietet einen kleinen Einblick in den großen Reichtum, den Moabit zu bieten hat: Mit vielen Grünflächen vom Ottopark bis zum Fritz-Schloss-Park, wo es viele Spielplätze und Erholungsflächen gibt; mit kulturellen Angeboten; mit einem starken Gesundheitsschwerpunkt mit Fitness-Anbietern.

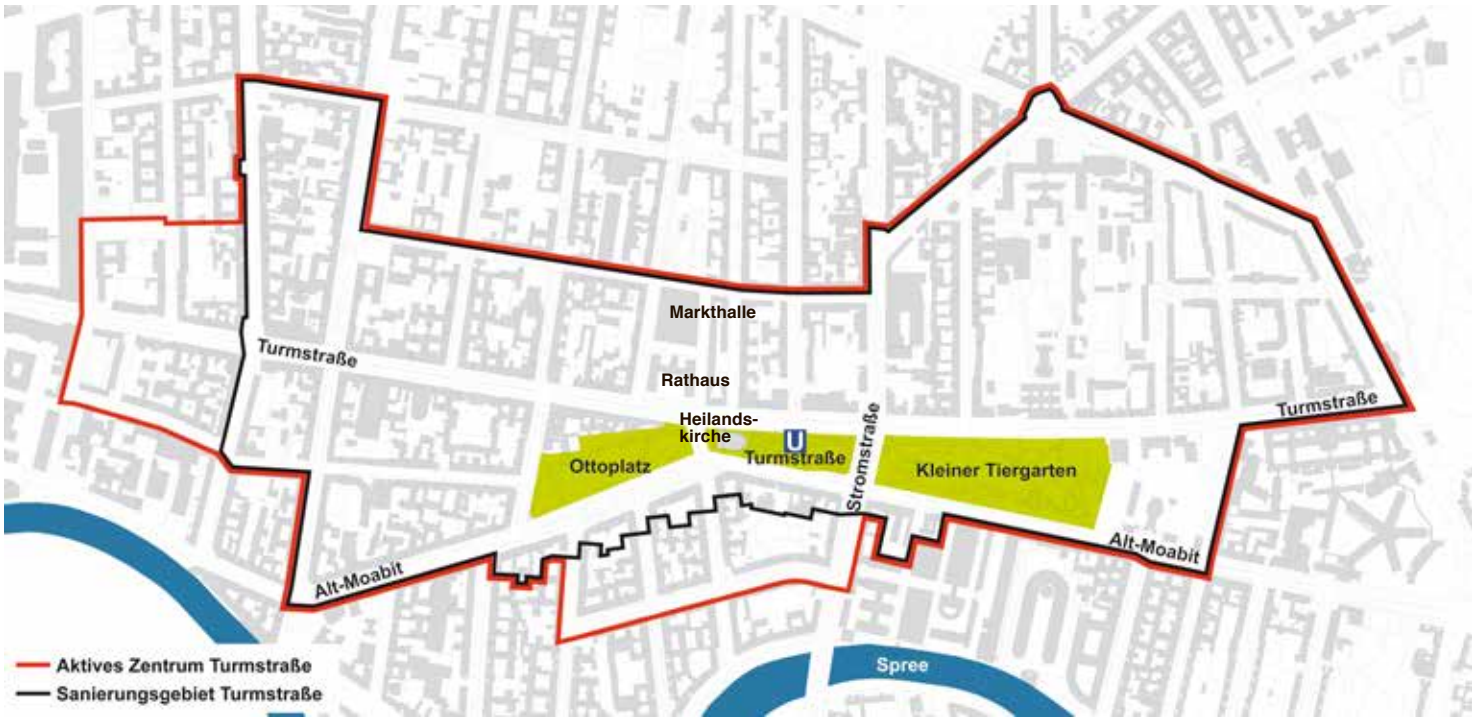
Nächstes Treffen für Moabiter Gewerbetreibende

Das nächste gemeinsame Treffen für Gewerbetreibende findet am Dienstag, dem 10. Juni um 8 Uhr statt, diesmal im »Hotel Park Consul«, Alt-Moabit 86A.
Die letzten Treffen waren gut besucht, engagierte Gewerbetreibende verständigen sich hier gemeinsam mit dem Geschäftsstraßenmanagement über gemeinsame Anliegen, Ideen, Vorhaben und Pläne.
Am 10. Juni soll es u. a. um neue Projekte, Zwischennutzungsmöglichkeiten in leerstehenden Gewerberäumen und Kulturvorhaben wie Kino in Moabit gehen.
Da die Plätze im Hotel begrenzt sind, bittet das Geschäftsstraßenmanagement um vorherige Ameldung Interessierter!
Anmeldung und Kontakt: »die raumplaner«, Tel. 37 59-27 21, Mail: gsm@die-raumplaner.de

Einladung zum Eigentümertreffen

Eigentümer sind wichtige Akteure im Gebiet, weil sie über Wohnungen und Gewerberäume verfügen und damit maßgeblich die künftige Gestaltung und Entwicklung des Gebiets mitbestimmen können.
Deshalb laden das Geschäftsstraßenmanagement (GSM), das Aktive Zentrum Turmstraße und die Moabiter QMs alle Eigentümer im Gebiet ein, um gemeinsame Anliegen und Ideen zu erörtern und eine mögliche Zusammenarbeit zu diskutieren.
Termin: 11. Juni, 19.30 Uhr, im Bioladen »Nature & more«, Oldenburger Str. 16, 10551 Berlin. Um Rückmeldung an qm-moabit@stern-berlin.de bzw. Fax: 39 90 71 97 wird gebeten, auch mit Themenvorschlägen!

Abriss nicht mehr zu verhindern
Das Hansa-Theater mit seinem grandiosen Theatersaal wird nun abgerissen. Hier plant der neue Investor viele winzige und teure Studenten-Apartments.



Fördergebiet Aktives Zentrum Turmstraße

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung: Carsten Spallek
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
baustadtrat@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Amtsleiterin: Frau Laduch, Zimmer 106
(030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9.00–12.00 Uhr,
donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße
Zimmer 180 / 181
Annett Postler (030) 90 18-454 36
annett.postler@ba-mitte.berlin.de
Constanze Hurny (030) 90 18-457 82
constanze.hurny@ba-mitte.berlin.de
Evelyn Möbus (030) 90 18-458 59
evelyn.moebus@ba-mitte.verwalt-berlin.de

Stadtteilvertretung
Die Stadtteilvertretung trifft sich derzeit
an jedem 4. Montag im Monat im Rathaus
Tiergarten (BVV-Saal)
stv@stv-turmstrasse.de
www.stv-turmstrasse.de

Prozesssteuerung
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung
und Projektmanagement – KoSP GmbH
Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
Gisbert Preuß (030) 33 00 28 32
preuss@kosp-berlin.de
Andreas Wilke (030) 33 00 28 36
wilke@kosp-berlin.de
René Uckert (030) 33 00 28 33
uckert@kosp-berlin.de
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement
die raumplaner
Alt-Moabit 62, 10555 Berlin
Sabine Slapa, Jan Schultheiß,
Holger Weichler
(030) 37 59 27 21
mobil: 0160-804 80 62 (Frau Slapa)
gsm@die-raumplaner.de
www.die-raumplaner.de

Quartiersmanagement Moabit-West
(Beusselstraße) Rostocker Straße 3,
10553 Berlin (030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabit-west.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost
Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
be Berlin Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt